

Argumente zur Atomenergie II: Endlager

Stand März 2009

* Endlager für eine gefährliche Hinterlassenschaft

Bei der Atomforschung, beim Betrieb und bei der Stilllegung von Atomkraftwerken fallen radioaktive Abfälle an. Für diese Abfälle gilt es den sichersten Endlagerstandort zu finden. Im Sinne der Generationengerechtigkeit ist das Atommüllproblem ein ausreichender Grund, die Nutzung der Atomenergie zu beenden.

Endlagerfrage vernachlässigt

Die Endlagerfrage ist bisher weltweit ungelöst. Nirgendwo ist ein Endlager für hochradioaktiven Abfall aus Atomkraftwerken in Betrieb.

Es gibt für die Endlagerung hochradioaktiver Abfälle keine eindeutigen Vorteile eines bestimmten Wirtsgesteins (Salz, Ton, Granit).

Es gibt kein absolut sicheres Endlager. Das zeigen die Probleme mit der Standsicherheit und den Laugenzuflüssen im ehemaligen DDR-Atommüllendlager Morsleben und im ehemaligen Endlager-Forschungsbergwerk Asse II.

Unter Berücksichtigung des Atomausstiegs werden alleine in Deutschland im Jahr 2040 ca. 277.000 m³ an schwach- und mittelradioaktiven Abfällen und 29.000 m³ an hochradioaktiven Abfällen (entspricht ca. 17.200 Tonnen Schwermetall) angefallen sein.

Eine Laufzeitverlängerung um zehn Jahre würde 4.500 Tonnen hochradioaktiven und ca. 8.000 m³ schwach- und mittelradioaktiven Abfall zusätzlich bedeuten.

Abgebrannte Brennelemente werden bis zur Endlagerinbetriebnahme in Zwischenlagern in Ahaus und Gorleben sowie an den Standorten der Atomkraftwerke gelagert. Dadurch und durch das Verbot der

Wiederaufbereitung werden Atomtransporte vermieden.

Historische Entwicklung der Endlagersuche Asse II

1965: Der Bund erwirbt das ehemalige Salzbergwerk „Asse II“ bei Remlingen als Einrichtung zur „Versuchsendlagerung“. Zwischen 1967 und 1978 werden 46.930 m³ schwach- und mittelradioaktive Abfälle in der Schachanlage eingelagert.

Seit 1988 dringen täglich 12.000 Liter Salzlauge in das Grubengebäude ein und gefährden dessen Standsicherheit. Vor Einlagerungskammer 12 hat sich ein Sumpf mit radioaktiv kontaminierter Lauge gebildet, der aus stark lösungsführendem Kaliver-satz gespeist wird.

2009: Das Bundesamt für Strahlenschutz wird Betreiber der Asse. Die Schachanlage wird wie ein Endlager behandelt und soll im Rahmen eines atomrechtlichen Planfeststellungsverfahrens stillgelegt werden. Eine Rückholung der eingelagerten Abfälle wird geprüft.

Gorleben:

1976: Der Standort Gorleben ist zunächst nicht erste Wahl für das geplante „Integrierte nukleare Entsorgungszentrum“. Erst nachdem die Erkundung an anderen Standorten u. a. aufgrund des Widerstandes der dortigen Bevölkerung scheitert, benennt die Niedersächsische Landesregierung Gorleben als Standort.

1979: Die Standorterkundung beginnt. Der Plan eines „Integrierten nuklearen Entsorgungszentrums“ wird aufgegeben.

2000: Die Erkundungsarbeiten im Salzstock sind aufgrund der Vereinbarungen im Atomkonsens für mindestens drei, höchstens 10 Jahre unterbrochen.

Schacht Konrad:

1982: Für das ehemalige Erzbergwerk „Schacht Konrad“ im Landkreis Wolfenbüttel wird ein Antrag zur Einlagerung schwach- und mittelradioaktiver Abfälle gestellt.

2007: Die Klagen gegen das Projekt werden letztinstanzlich abgewiesen. Das Endlager „Schacht Konrad“ wird voraussichtlich Ende 2013 einlagerungsbereit sein.

Gewissenhaft, ergebnisoffen, transparent

Die Große Koalition hatte sich darauf verständigt, in dieser Legislaturperiode „zügig und ergebnisorientiert“ eine Lösung in der Endlagerfrage herbeizuführen. Eine Einigung ist an der Blockadehaltung der Union gescheitert.

Bundesumweltminister Sigmar Gabriel hat bereits im Herbst 2006 einen Vorschlag vorgelegt. Das Konzept sieht vor, eine ergebnisoffene und auf international anerkannten Auswahl- und Sicherheitskriterien basierende Endlagersuche durchzuführen. Dieses Verfahren wird in anderen Ländern praktiziert. Auch CDU/CSU fordern von der Schweiz wegen der Grenz Nähe des potenziellen Endlagerstandortes in Benken ein solches Verfahren.

Ziel des BMU-Endlagerkonzeptes ist es, geologisch geeignete Standorte mit Gorleben zu vergleichen, um den relativ besten Standort auszuwählen. Sollte sich im Laufe des Auswahlverfahrens herausstellen, dass kein Standort besser geeignet ist als Gorleben, wird dort das Endlager errichtet, da in Gorleben bereits rund 1,5 Milliarden Euro investiert wurden. Die Kosten der Endlagersuche tragen die Abfallverursacher.

Die CDU/CSU setzt dagegen ausschließlich und kompromisslos auf die Erkundung des Salzstockes Gorleben.

Diese Strategie birgt jedoch erhebliche Risiken:

1. Sollte sich der Standort Gorleben als ungeeignet erweisen, müsste die Endlagersuche wieder bei Null beginnen. Alternativen ständen nicht zur Verfügung.
2. Da bei der Festlegung auf den Standort Gorleben kein an international festgelegten Sicherheitsstandards orientiertes Auswahlverfahren stattgefunden hat, ist zu befürchten, dass ein möglicher Planfeststellungsbeschluss durch alle gerichtlichen Instanzen beklagt würde. Hätten diese Klagen Erfolg, müsste die Endlagersuche ebenfalls von vorne beginnen. Ein Endlager stände in diesem Fall erst im Jahr 2050 zur Verfügung.

In Verantwortung für die Zukunft

Für die SPD-Bundestagsfraktion hat Sicherheit bei der Endlagersuche oberste Priorität. Hochradioaktive Abfälle müssen für mehr als eine Million Jahre sicher von der Biosphäre abgeschirmt werden. Für einen so langen Zeitraum zu planen ist allerdings unmöglich. Kein Mensch kann vorhersehen, was in den nächsten 10.000 Jahren passieren wird.

Transparenz und Öffentlichkeitsbeteiligung wird die Akzeptanz der Standortentscheidung deutlich erhöhen. Am Ende eines zeitlich klar begrenzten Suchprozesses muss eine Entscheidung des Deutschen Bundestages stehen.

Die Lösung des Endlagerproblems ist auch eine Frage der Generationengerechtigkeit. Die Generation, die Atomenergie genutzt hat, muss auch eine Lösung für deren gefährliche Hinterlassenschaften finden. Dafür steht die SPD-Bundestagsfraktion.

Mehr Informationen erhalten Sie unter:
www.spdfraktion.de/umwelt/atomenergie